



Presseinformation

Nr. 412 / 2013

Kiel, Donnerstag, 12. September 2013

Hochschule / Lehrerausbildung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Die Abschaffung des Gymnasiallehrers ist ideologisch motiviert und wenig durchdacht

Zu den heute vorgestellten Reformplänen zur Lehrerausbildung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die ideologisch motivierte Abschaffung des Gymnasiallehrers ist zwar ganz im Sinne der rot-grün-blauen Bildungspolitik, wird aber unserem Schulsystem und den Schülerinnen und Schülern an den verschiedenen Schularten nicht gerecht. Wie wenig durchdacht dieser Plan ist, zeigt sich allein schon dadurch, dass Ministerin Wende auf die elementare Frage der zukünftigen Besoldung bisher keine Antwort geben kann. Die Lehrerausbildung unabhängig von der Frage der Besoldung neu zu regeln, ist mehr als fahrlässig.

Klar ist, dass es für das Land nun auf jeden Fall teurer wird. Die Universitäten haben geschickt verhandelt. Über eine Million Euro wird die Neustrukturierung jährlich kosten. Dadurch werden zusätzliche finanzielle Ressourcen im Hochschulbereich langfristig gebunden, obwohl noch nicht einmal klar ist, wie die neue Phase des verabredeten Hochschulpakts finanziert werden soll. Ob dieses Vorgehen angesichts der Unterfinanzierung der Hochschulen die Studenten zu Gewinnern macht, darf bezweifelt werden.

Die ungewöhnliche Konstruktion, dass Studenten in Flensburg nur ein Fach für den Bereich Sekundarstufe II studieren können, muss dringend auf Machbarkeit überprüft werden. Es besteht die Gefahr, dass dieses Modell nicht von anderen Bundesländern anerkannt wird, weil es nicht mit den KMK-Vorgaben vereinbar ist. Schleswig-Holstein wagt hier einen Sonderweg, der die Mobilität der Studenten und Lehrern zwischen den Ländern einschränken könnte.

Drei Dinge bewerten wir positiv: Es ist richtig, einen eigenständigen Studiengang für den Bereich Grundschullehramt einzurichten und entsprechende Pflichtmodule für alle Studierenden in den Bereichen Deutsch und Ma-

Susann Wilke, Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

www.fdp-fraktion-sh.de

thematik einzuführen. Ebenso richtig und wichtig ist es, die Anerkennung von Leistungen zwischen den Universitäten zu verbessern und auf mehr Praktika zu setzen. Hier setzt die Ministerin den von uns eingeschlagenen Kurs fort.“